



über die
1. Sitzung des Gleichstellungsbeirates
am Mittwoch, dem 15.03.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Christel Ciecior
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Frau Annette Mann
Frau Ursula Müller

Ratsmitglieder CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Rüdiger Plümpe
Herr Franz Hugo Weber

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Bettina Werning

Beratendes Mitglied BG

Frau Heidemarie Freundl

Vertreter/Vertreterinnen der Gruppen und Verbände

Frau Ingrid Bollmann
Frau Ursula Enss
Frau Monika Firnrrohr
Frau Sevda Özdemir
Frau Karin Schwerdtfeger
Frau Elisabeth Wennekers-Stute
Frau Ulrike Wiggermann

Verwaltung

Frau Martina Grothaus

Gäste

Frau Anke Jauer, KFF

entschuldigt fehlten:

Frau Nese Anil
Frau Gabriele Bartosch
Frau Liesel Gersmeier
Frau Marion Raspotnig

Der Vorsitzende Herr **Ebbinghaus** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Gleichstellungsbeirates und begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Referentin zum Tagesordnungspunkt 1, Frau Anke Jauer, Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit Unna/Kamen (KFF).

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bericht der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit Unna/Kamen	
2	Geplante Kürzungen im Landeshaushalt mit Auswirkungen auf die Frauenpolitik Bericht der Verwaltung	
3	Resolution zur Rücknahme der Kürzungen von Personalauswüschüssen für Frauenhäuser Antrag der SPD-Fraktion	
4	Geschlechtsneutrale Formulierung in Bekanntmachungen, Satzungen o.ä. der Stadt Kamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	7/2006
5	Umsetzung des flächendeckenden Mammographie-Screenings in Kamen Antrag der CDU-Fraktion	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit Unna/Kamen

Bevor Frau Jauer über die Arbeit der Kommunalstelle zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit Unna/Kamen (KFF) in 2005 berichtete, informierte Frau **Grothaus** über die aktuelle finanzielle Situation der KFF. Nachdem bereits vor zwei Jahren 30 % der Mittel (ca. 40.000,00 €) gekürzt wurden, müssen die Regionalstellen Frau und Beruf in diesem Jahr erneut eine 20 %ige Kürzung in Kauf nehmen. Für die KFF bedeutet diese Maßnahme eine Kürzung der Landesmittel von 130.000,00 € auf 104.000,00 €. Auch wenn die Zuschüsse der Städte Unna und Kamen fort bestehen, sei die bisherige Arbeit ohne Einschnitte beim Personal und bei den Aufgaben nicht zu leisten. Hinzu komme, dass die unsichere Perspektive auch Auswirkungen auf die Personalsituation habe. So habe eine der Mitarbeiterinnen die KFF zum 01.03.2006 verlassen. Frau Grothaus zeigte sich zuversichtlich, trotz dieser Situation eine neue qualifizierte Mitarbeiterin gewinnen zu können. Für das Jahr 2007 sprach sie die Hoffnung aus, dass das Land die Regionalstellen Frau und Beruf weiter fördern werde und das wichtige Angebot der KFF für Frauen in Kamen und Unna erhalten bleibe.

Frau **Jauer** stellte zu Beginn ihres Vortrages die bisherigen Aufgabenfelder vor, in denen die Regionalstellen nach den Vorgaben des Landes tätig sein müssen:

- Berufliche Wiedereingliederung und Qualifizierung
- Berufswahlorientierung junger Frauen und Mädchen
- Betriebliche Chancengleichheit
- Existenzgründung
- Regionale Strukturpolitik
-

Die beispielhafte Aufzählung der durchgeführten Maßnahmen in 2005 ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Jauer führte weiter aus, dass die Landesregierung in diesem Jahr die Aufgaben und Strukturen der Regionalstellen Frau und Beruf überprüfen und konzeptionell weiterentwickeln werde. Ziele hierbei seien:

- Vermeidung von „Doppelstrukturen“
- Überführung bestimmter Aufgaben der Regionalstellen in „andere, dafür vorrangig zuständige Institutionen“
- Neukonzeption und Ausbau des Arbeitsschwerpunktes „Beruflicher Wiedereinstieg“.

Um der Vorgabe des Landes, die stärkere Berücksichtigung der Wiedereingliederung gerecht zu werden, sehe die Planung für 2006 folgendermaßen aus:

- Beratungsangebot – es ist mit einer Zunahme an Beratungen zu rechnen; bereits jetzt verweist die Agentur für Arbeit verstärkt Frauen an die KFF
- Existenzgründungsberatung als Alternative zum Wiedereinstieg ins Erwerbsleben

- Informationsveranstaltung „Zurück in den Beruf – aber wie?“ in Kooperation mit der VHS und der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Agentur für Arbeit in Hamm
- Informationstag „Frauen – Bildung – Beruf“ im zib in Unna, u.a. in Kooperation mit verschiedenen Weiterbildungsträgern
- Informationsveranstaltung für Migrantinnen mit anschließendem Orientierungsseminar
- Coachingseminar für berufstätige Frauen
- Bewerbungstraining für Berufsrückkehrerinnen

Weitere Planungen für 2006:

Migrantinnenarbeit

- Grundlagenkurs EDV in Kamen und Unna
- Bosna Qulit Ausstellung, Stadtkirche Unna
- Informationsveranstaltung in Kooperation mit der RAA im Kreis Unna und dem Frauenplenum Kamen e.V.

Betriebliche Chancengleichheit

- „Flexible Arbeitszeitgestaltung“, Kooperationsveranstaltung mit dem Zeitbüro NRW für Personalverantwortliche aus Unternehmen, Technopark Kamen
- Fortbildung „Von der Fachkraft zur Führungskraft“, Regionalverbund Dortmund/Kreis Unna/Hamm

Existenzgründung

- Ein Beratungstag im Monat, in Kooperation mit dem Unternehmerinnen Netzwerk Profile

Veröffentlichungen

- Mädchenkalender
- Verschiedene Flyer

Andere Broschüren, u.a. der Newsletter der Regionalstellen Frau und Beruf NRW, wurden aufgrund der Kürzungen des Landes gestrichen.

Abschließend wies Frau Jauer darauf hin, dass die Mitarbeiterinnen der KFF aufgrund der Vorgaben der Landesregierung viel Zeit für die konzeptionelle Arbeit zur Umstrukturierung der Kommunalstelle aufwenden müssen. Alle seien dabei bemüht, die inhaltliche Arbeit nicht zu sehr einschränken zu müssen, denn nach wie vor zeige der Arbeitsmarkt deutlich den Bedarf an den Angeboten und Aufgaben der KFF. Beratungszahlen seien z.B. von 115 im Jahr 2004 auf 165 im Jahr 2005 gestiegen. Auch in diesem Jahr setze sich diese Entwicklung fort. Sie äußerte die Hoffnung, dass möglichst viele der Angebote der KFF auch in 2007 erhalten bleiben.

Auf die Frage von Frau **Freundl**, für welche Berufsrückkehrerinnen Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, antwortete Frau **Jauer**, dass diese Maßnahmen bedauerlicherweise nur Frauen offen stehen, die Arbeitslosengeld II beziehen. Die „klassischen“ Wiedereinsteigerinnen haben in der Regel keinen Anspruch auf einen Bildungsgutschein und seien deshalb oft von diesen Angeboten ausgeschlossen.

Frau **Wennekers-Stute** bedauerte die neue Festlegung auf den Schwerpunkt „Wiedereinstieg“, da ihrer Meinung nach die Probleme von Frauen im Erwerbsleben wesentlich vielfältiger seien.

Zu TOP 2.

Geplante Kürzungen im Landeshaushalt mit Auswirkungen auf die Frauenpolitik
Bericht der Verwaltung

Frau **Grothaus** erläuterte anhand von Folien die geplanten Kürzungen im Landeshaushalt 2006, die auch Auswirkungen auf die frauenpolitischen Strukturen im Kreis Unna haben. Hierbei handelt es sich schwerpunktmäßig um die Bereiche:

- Kürzung der Landesmittel bei den Regionalstellen Frau und Beruf um 20 %
- Streichung der 4. Personalstelle in den Frauenhäusern
- Schließung der Landesfachstelle „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ in Dortmund
- Schließung der Koordinierungsstellen Frauengesundheit in Bad Salzuflen und Köln
- Senkung des Ansatzes für Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Gewalt bei den Ehe- und Familienberatungsstellen um 67,5 %
- Kürzungen bei der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungs- und Frauenbeauftragter
- Kürzungen bei den Runden Tischen gegen Häusliche Gewalt.

Frau Grothaus wies auf die Gefahr hin, dass durch die Kürzungen bei den Vernetzungsstellen, z.B. den Runden Tischen gegen Häusliche Gewalt und der Koordinierungsstelle Frau und Gesundheit, wichtige Kooperationsstrukturen verloren gehen, die dazu beigetragen haben, die Arbeit unterschiedlichster Einrichtungen stärker auf die Bedürfnisse betroffener Frauen und Kinder auszurichten und eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei den Themen Gewalt und Gesundheit zu erreichen. So war die Koordinierungsstelle Frau und Gesundheit eine wichtige Anlaufstelle, z.B. bei der Durchführung der Landesweiten Aktionswochen zum Thema „Frau und Gesundheit“. Für den seit 1999 im Kreis Unna arbeitenden Runden Tisch gegen Häusliche Gewalt waren die Landesmittel unerlässlich, um Vernetzungen aufzubauen, Fachveranstaltungen durchzuführen und Informationsmaterialien sowohl für Betroffene als auch für Institutionen herausgeben zu können. Beispielhaft nannte sie den Flyer mit Adressen von Hilfsangeboten, der u.a. auch auf den Damentoiletten des Hellmig-Krankenhauses ausliegt. Sie äußerte die Hoffnung, dass einige der angekündigten Kürzungen zurückgenommen werden, damit die wichtigen und notwendigen Strukturen für die Arbeit mit Frauen und Kindern gesichert werden können.

Die Folien sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu TOP 3.

Resolution zur Rücknahme der Kürzungen von Personalzuschüssen für Frauenhäuser
Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Hartig** begründete für ihre Fraktion den vorliegenden Antrag und bat für die von gewaltbetroffenen Frauen um Unterstützung.

Herr **Weber** fragte nach, ob die Unterbringungen in Frauenhäusern nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes zurückgegangen seien.

Frau **Grothaus** verwies auf den Bericht der Kreispolizeibehörde im vergangenen Jahr im Gleichstellungsbeirat, aus dem deutlich hervorgegangen sei, dass diese Prognosen sich nicht bewahrheitet haben.

Frau **Wiggermann** als Vertreterin des Frauenforums bekräftigte diese Aussage.

Frau **Gerdes** war der Meinung, dass aufgrund der landesweiten Sparzwänge auch im Frauenbereich gespart werden müsse. Sie wies darauf hin, dass kein Frauenhaus geschlossen werden müsse, sondern lediglich die 4. Stelle eingespart werde. Diese Einsparung könne durch Aufteilung der anderen Personalstellen aufgefangen werden.

Frau **Mann** machte deutlich, dass es für die Frauen darum gehe, wieder ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Das sei aber aufgrund ihrer Biographie nur mit Begleitung möglich, sonst drohe den Frauen die Rückkehr in den Kreislauf der Gewalt. Deshalb sei die 4. Stelle, die für die Nachsorge eingerichtet worden sei, unbedingt erforderlich.

Beschluss:

Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, ihre Kürzungsvorschläge im Kapitel 11030, Titelgruppe 61, Unterteil 1 „Zuschüsse zu den Personalkosten an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen“ des Landeshaushaltes für 2006 zu überdenken und zurück zu nehmen.

Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, auch zukünftig ausreichend Finanzmittel für bedarfsgerechte und flächendeckende Angebote von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen und Kinder (Frauenhäuser) zur Verfügung stellen und die Personalkostenbezuschung mindestens im derzeitigen Umfang abzusichern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
7/2006

Geschlechtsneutrale Formulierung in Bekanntmachungen, Satzungen o.ä. der Stadt Kamen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Nach intensiver Diskussion verständigten sich die Mitglieder des Gleichstellungsbeirates darüber, die Verwaltung zu bitten, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Zu TOP 5.

Umsetzung des flächendeckenden Mammographie-Screenings in Kamen
Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Gerdes** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion.

Frau **Grothaus** berichtete, dass in Nordrhein-Westfalen die Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe für den Ablauf des Mammographie-Screenings zuständig seien. Kamen gehöre zum Zuständigkeitsbereich der KV Westfalen-Lippe, in dem insgesamt 10 Screening-Einheiten eingerichtet werden.

Der Kreis Unna, die Stadt Hamm und der Märkische Kreis bilden eine Screening-Einheit, deren Beginn für Mai 2006 vorgesehen sei. Alle Frauen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren bekommen eine Einladung zur Untersuchung von der KV Westfalen-Lippe. Die entsprechenden Daten werden von den Meldeämtern unter Wahrung der landesrechtlichen Datenschutzbestimmungen weitergegeben. Jede Frau erhalte eine persönliche Einladung in die nächstgelegene Screening-Praxis, das seien für Kamener Bürgerinnen zwei Praxen im Hamm und eine in Unna. Zusammen mit der Einladung erhalte jede Frau ein Merkblatt mit den Infos zu den Zielen und Inhalten des Früherkennungsprogramms von Brustkrebs. Die Kosten dieser Untersuchung werden von den gesetzlichen Krankenkassen sowie den Privatkassen übernommen, die Praxisgebühr entfalle. Weitere Informationen können Bürgerinnen über die Hotline 0251/9295000 der Zentralen Stelle der Kassenärztlichen Vereinigung in Münster bekommen. Abschließend wies Frau Grothaus nochmals darauf hin, dass ausschließlich die Kassenärztliche Vereinigung für den Ablauf des Screening-Programms verantwortlich sei. Auch die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte seien lediglich aufgefordert, ihre Patientinnen auf das Mammographie-Screening hinzuweisen. Die Verwaltung sei nur bei der Weitergabe der entsprechenden Daten beteiligt. Um die Kamener Bürgerinnen bereits frühzeitig über das Screening zu informieren, habe die Verwaltung entsprechendes Material angefordert. Die Flyer liegen bereits im Rathaus aus.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 6.1.1 Frau **Grothaus** stellte die Kampagne „abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ vor, die der Deutsche Frauenrat gemeinsam mit zahlreichen Initiativen, Vereinen und Verbänden zur Fußball-Weltmeisterschaft ins Leben gerufen habe. Unter der Schirmherrschaft von Dr. Theo Zwanziger, Geschäftsführender Präsident des DFB, und Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, soll die Kampagne dazu beitragen, das Thema Zwangsprostitution und Menschenhandel anlässlich der WM „an den Mann zu bringen“. Der Bund deutscher Kriminalbeamter hat sich ebenso wie die Gewerkschaft der Polizei der Kampagne angeschlossen, auch um davon zu profitieren, dass das Thema bei medienwirksam umgesetzten Aktionen im Fokus der Öffentlichkeit stehe. Nach Aussage der Polizei sei Zwangsprostitution Teil der organisierten Kriminalität, mit dem Gewinne erzielt würden, die weltweit die Gewinnspannen im Drogen- und Waffenhandel erreichen. Konkrete Zahlen, wie viel Frauen im Rahmen der Fußball-WM zur Prostitution gezwungen werden, gebe es nicht, die Dunkelziffer sei sehr hoch. Bei allen Großereignissen sei mit einer enormen Zunahme von Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, zu rechnen. Frau Grothaus teilte weiter mit, dass für den Kamener Bereich u.a. die Dortmunder Mitternachtsmission Anlaufstelle für Prostituierte sei. Die Mitarbeiterinnen dort werden zur WM ein Notruftelefon rund um die Uhr geschaltet haben und stehen mit zahlreichen Einrichtungen in Kontakt, u.a. auch mit dem Frauenforum im Kreis Unna, die u.U. kurzfristig für Übernachtungsmöglichkeiten für die Frauen sorgen können.

6.1.2 Frau **Grothaus** berichtete, dass sie gemeinsam mit der VHS zum dritten Mal das Seminar „Mehr Frauen für unsere Stadt“ durchführe. Nachdem am Informationsabend im Januar 12 Frauen Interesse an der Reihe gezeigt haben, sei das Seminar anschließend mit 11 Frauen gestartet. Sie hob hervor, dass erstmalig auch zwei Frauen aus dem multikulturellen Gesprächskreis des Frauencafés hieran teilnehmen. Sie kündigte an, dass die Frauen am 27.04.2006 gemeinsam die Ratssitzung besuchen werden.

6.1.3 Frau **Grothaus** wies darauf hin, dass eine Anmeldung zu der Frauenpolitischen Konferenz im Kreis Unna „Frauenpolitik im demografischen Wandel“ am 31.03.2006 auf Haus Opherdicke noch bis zum 17.03.2006 möglich sei.

6.2 Anfragen

Frau **Firnrohr** erkundigte sich, ob die Verlegung des verkaufsoffenen Sonntags auf den Muttertag am 14.05.2006, parallel zum Frühlingmarkt, bereits beschlossen sei. Sie gab zu bedenken, dass im Einzelhandel überwiegend Frauen tätig seien, die diesen Tag gerne anders verbringen würden. Zusätzlich belastet seien die Frauen noch durch das Late-Night-Shopping am 08.04.2006. Sie fragte an, ob es möglich sei, diese Entscheidung noch mal zu überdenken.

Frau **Grothaus** antwortete, dass die Terminveränderung von der Werbegemeinschaft der Kaufleute (HVV) gewünscht worden sei mit dem Ziel, die Attraktivität des Frühlingmarktes, der traditionell am Muttertag stattfindet, zu erhöhen. Die endgültige Entscheidung hierüber treffe der Rat in seiner nächsten Sitzung. Voraussichtlich werde dem Wunsch des HVV entsprochen werden. Der Wirtschaftsförderer, Herr Sostmann, habe ihr versichert, dass mit dieser Verlegung auf keinen Fall die Anzahl der Verkaufsoffenen Sonntage erhöht werden solle.

Herr **Ebbinghaus** erklärte hierzu, dass er an der entsprechenden Sitzung der Werbegemeinschaft, ebenso wie andere Geschäftsleute, nicht teilnehmen können. Er teile die Bedenken von Frau Firnrohr, werde die Terminveränderung für dieses Jahr aber mittragen. Für das nächste Jahr sehe er erneut Gesprächsbedarf. Er teilte mit, dass sein Geschäft an diesem Sonntag geschlossen bleibe.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dirk Ebbinghaus
Vorsitzender

gez. Martina Grothaus
Schriftführerin

Anlagen

Maßnahmen der KFF in 2005
Geplante Landeshaushaltskürzungen 2006